**Helmholtz-Gymnasium und Marie-Colinet-Sekundarschule;
Erneuerung der Schließanlagen mit Amokfunktion
Hier: Unterlagen nach § 14 GemHVO: Sitzungsvorlage WP 14-20 SV 26/026**

Zur vorliegenden SV stelle ich folgendes fest:

Zunächst habe ich die Unterlagen anhand eines Schemas betrachtet, welches üblicherweise verwendet wird, um die Vollständigkeit der „§14-Unterlagen“ zu prüfen. Es ergab sich, dass die Unterlagen formal weitgehend den Anforderungen entsprechen, die an sie zu stellen sind: Begründungen für die Maßnahme und deren Umfang, Berechnungen der Herstellungskosten, Pläne, Folgekosten, Bauzeitenplan. Ein Wirtschaftlichkeitsvergleich unter mehreren in Betracht kommenden Möglichkeiten (hier: Schließanlage ohne Amokfunktion) wurde nicht vorgenommen. Unter Berücksichtigung der Entwicklung der krisenhaften Ereignisse an Schulen, ist der Mehrwert auch nicht ausschließlich aus wirtschaftlicher Sicht zu betrachten.

Eine detaillierte Kostenberechnung liegt nicht vor. Nach eigener Recherche kann der Ansatz von 450 € je Einzelschloß und somit die Gesamtkosten in Höhe von 260.000 € für 570 Türen bestätigt werden.

Eine ausreichende Planung liegt somit vor.

Die beigefügten Folgekostenberechnungen der Maßnahme sind nachvollziehbar. Die Nutzungsdauer der neuen Anlage gibt das Fachamt mit 20 Jahren an, woraus sich eine jährliche Abschreibung von 5 % ergibt. In der NRW-Abschreibungstabelle ist eine derartige Anlage nicht gelistet. Nach meiner Auffassung ist der gewählte Abschreibungszeitraum von 20 Jahren zu lang bemessen. Näher kommt dieser Anlage die Nr. 3.07 (Alarmgeber, Alarmanlagen, Martinshornanlage, Pausensignalanlagen) der Abschreibungstabelle mit einem Abschreibungszeitraum bei der Stadt Hilden von 15 Jahren. Dadurch ergibt sich bei den Folgekostenberechnungen eine höhere jährliche Belastungen.

In der Anlagenbuchhaltung ist die vorhandene Schließanlage nicht gesondert ausgewiesen. Ein „Eins zu Eins- Austausch“ wäre somit dem Erhaltungsaufwand zugeordnet. Durch den Austausch gegen eine Schließanlage mit Amokfunktion ergibt sich eine Substanzvermehrung der bestehenden Gebäude und führt zu Herstellungskosten investiver Art. Deshalb wird der Anlagenwert der Gebäude um den Anteil der vorhandenen, abgeschriebenen Schließanlage mit einem fiktiven Erinnerungswert von 1 € je Tür reduziert. Aus meiner Sicht entspricht diese Vorgehensweise einer praktikablen Lösung.

Nach technischer Prüfung bestehen aus meiner Sicht gegen die geplante Durchführung der Maßnahme keine Bedenken. Die wirtschaftliche Beurteilung einer Schließanlage mit Amokfunktion gegenüber einer konventionellen Schließanlage kann nicht abschließend beurteilt werden. Hier sei nochmals erwähnt, dass es sich bei der Maßnahme um eine Vorsorgemaßnahme aufgrund der vom Fachamt beschriebenen Entwicklung von krisenhaften Ereignissen an Schulen handelt.

gez.: Enders